

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ältestenausschuss und Ausschuss
für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung (FA) -

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 14.08.2003

Vorlage Nr. 03-F-02-0025

Gefährdung der Wiesbadener Beschäftigungsinitiativen durch Gegenfinanzierung der Hartz-Reform

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 29.07.2003 -

Der Ältestenausschuß und der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung (in Form des Ferienausschusses) mögen beschließen:

Die geplante Gegenfinanzierung des Arbeitslosengeldes II durch eine Erhöhung des Bundesanteils bei der Umsatzsteuer gefährdet die kommunalen Beschäftigungsinitiativen. Der Bund belastet über die Länder die Städte und Gemeinden. Das ursprüngliche Ziel, die Kommunen von Sozialhilfeausgaben zu entlasten, wird durch die in Hartz IV vorgesehene Gegenfinanzierung zunichte gemacht.

Die beabsichtigte Gegenfinanzierung führt zu deutlich geringeren kommunalen Mitteln für Beschäftigungsinitiativen im Rahmen der „Hilfe zur Arbeit“. Damit stehen erfolgreiche Wiesbadener Maßnahmen vor dem Aus, sofern nicht der Bund als Geldgeber einspringt.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich über den Deutschen Städtetag für eine Nachbesserung der Hartz-Reform einzusetzen. Dabei ist insbesondere darauf hinzuwirken, daß

eine tatsächliche Entlastung der Städte und Gemeinden erreicht wird;

weiterhin eine Übereinstimmung von Entscheidungskompetenz und Finanzverantwortung gewährleistet ist. Es muß der Anreiz bestehen bleiben, durch effiziente Berufseingliederungsmaßnahmen Einsparungen bei der Sozialhilfe erzielen zu können, die an anderer Stelle verwendet werden können;

eine effiziente Aufteilung der Verantwortlichkeit erreicht wird. „Job-Center“ sollten durch eine teilweise Verschmelzung von Arbeitsamt und Sozialverwaltung unter städtischer Führung eingerichtet werden. Durch eine Auflösung der Landesarbeitsämter und gleichzeitig drastische Verkleinerung der Arbeitsämter vor Ort, die für die „reguläre“ Arbeitsvermittlung zuständig bliebe, könnten erhebliche Personaleinsparungen bei gleicher Effizienz erreicht werden.

Protokollnotiz Nr. 0002

Der Punkt wurde mit Beschluss Nr. 0001 abgesetzt.